

Erklärungswert der Theorien Internationaler Beziehungen. Sicherheitspolitische Perspektiven dargestellt am Beispiel des NATO-Wandels

Fouzieh Melanie Alamir

In: Reader Sicherheitspolitik, 10/2003, S. 74-88.

Der Wandel der NATO ist seit Anfang der neunziger Jahre sowohl unter politikwissenschaftlich-theoretischen wie auch politisch-operativen Gesichtspunkten eines der bedeutendsten, interessantesten, aber auch kontroversesten Themen auf der euro-atlantischen Sicherheitsagenda. Die Literatur hierzu ist dominiert von Arbeiten mit im weitesten Sinne politikberatenden Charakter, die sich mit einzelnen Aspekten des Transformationsprozesses der Allianz auseinandersetzen, etwa der NATO-Osterweiterung, des Verhältnisses zu Russland oder der NATO als Akteur im internationalen Krisen- und Konfliktmanagement. Die theoretische Debatte dagegen führt ein auf diesen Strang der Literatur kaum bezogenes Eigenleben, das sich im Kontext des Theoriediskurses der Internationalen Beziehungen entfaltet. Im folgenden der Versuch unternommen werden, einem breiteren Publikum Einblick in die theoretische Diskussion zu geben, indem aufgezeigt wird, welche Antworten die Theorie auf die vieldiskutierte Frage geben kann: Warum „überlebte“ die NATO das Ende des Kalten Krieges?

Hierbei sind vor allem die Diskussionen zwischen drei Denkschulen aus der Lehre der Internationalen Beziehungen relevant, den Realisten, den liberalen Institutionisten und den Konstruktivisten. Diese werden in den folgenden drei Unterabschnitten jeweils knapp in ihren Prämissen und ihrem Betrachtungsfokus vorgestellt und zu ihren Annahmen und Aussagen über internationale Institutionen, Organisationen und Allianzen befragt. Anschließend wird diskutiert, welche Erklärungen sie zur Entwicklung der NATO seit 1990 anbieten und wo Erklärungslücken bestehen.

Die realistische Perspektive: internationale Institutionen als Reflex der Machtverteilung zwischen Staaten

Die realistische Schule¹ setzt drei Prämissen über den Charakter des internationalen Systems: 1. Das internationale System ist anarchisch in dem Sinne, dass keine Autoritäten mit bindender Entscheidungs- und Sanktionsgewalt oberhalb nationalstaatlicher Regierungen bestehen. 2. Staaten sind die zentralen Akteure auf der Weltbühne. Das hat 3. zur Folge, dass Staaten sich zur Gewährleistung ihrer Sicherheit in einer kompetitiven Umwelt nur auf sich selbst verlassen können. Daran anknüpfend macht der Realismus drei Grundannahmen über die Motive staatlichen außenpolitischen Handelns: 1. Staaten denken strategisch, wie sie im internationalen System überleben können und handeln in diesem instrumentellen Sinne rational. 2. Staaten streben in erster Linie nach Sicherheit, um ihr Überleben zu sichern. Macht bzw. Handlungskapazitäten sind dabei ihre wichtigste Ressource. 3. Ihre Interessen leiten sich aus dem Sicherheitsbedürfnis ab und werden von ihrer Position im internationalen System, die sich primär aus ihren Handlungskapazitäten ergibt, bestimmt. Hieraus leiten sich wiederum drei Verhaltensmuster ab: Da sie nie Gewissheit über die Absichten anderer Staaten gewinnen können, versuchen Staaten 1. so unabhängig wie möglich zu sein und agieren nach dem Selbsthilfe-Prinzip. Staaten bauen 2. militärische Kapazitäten zur Überlebenssicherung auf. Da sie sich damit gegenseitig potenziell bedrohen und um Vorteile anderer Staaten zu verhindern, rüsten Staaten auf, was ihr Bedrohungspotenzial aus Sicht der anderen wiederum erhöht. Staaten leben also in einem permanenten „Sicherheitsdilemma“ (Herz). 3. Da Staaten sich in einem ständigen Sicherheitswettbewerb befinden, tendieren sie dazu, gegenüber anderen Staaten im internationalen System eine relative Machtüberlegenheit anzustreben.²

¹ Im folgenden wird der Einfachheit halber von der ‚realistischen Denkschule‘ oder dem ‚Realismus‘ gesprochen, wenn es um diesen Theorienstrang allgemein hinsichtlich seiner Prämissen und Kernaussagen geht. Dabei werden bewusst der klassische realistische Ansatz, vertreten durch Hans J. Morgenthau (vgl. Hans J. Morgenthau: *Politics Among Nations. The Struggle for Power and Peace*, 5th Edition, Alfred A. Knopf, New York 1973), der in der sich ausformenden Bipolarität des internationalen Systems der fünfziger Jahre eher eine Gefahr für die Stabilität und den Weltfrieden sah und seine Hoffnungen auf die diplomatischen Fähigkeiten politischer Führer richtete, und der neorealistic strukturelle Realismus, vertreten durch Kenneth N. Waltz (vgl. Kenneth N. Waltz: *Theory of international Politics*, University of California, Addison-Wesley Publishing Company, Berkeley 1979), der unter dem Eindruck von Tauwetter und Entspannung in der Bipolarität des internationalen Systems der sechziger und siebziger Jahre eher einen Stabilisierungsfaktor sah, sowie die verschiedenen Ausdifferenzierungen des Ansatzes in den neunziger Jahren unter dem allgemeinen Begriff ‚Realismus‘ zusammengefasst.

² Vgl. Robert G. Gilpin: *The richness of the tradition of political realism*, in: *International Organization* 38(2) Spring 1984, S. 287-304, hier S. 290; John J. Mearsheimer: *The False Promise of International Institutions*, in: *International Security* 19(3) Winter 1994/95, S. 5-49, hier S. 10; Michael Mastanduno: *Preserving the Unipolar Moment. Realist Theories and U.S. Grand Strategy after the Cold War*, in: *International Security* 21(4) Spring 1997, S. 49-88, hier S. 50; Joseph M. Grieco: *Realist International Theory and the Study of World Politics*, in: Michael W. Doyle: G. John Ikenberry (eds.): *New Thinking in International Relations Theory*, Westview Press: Boulder, Colorado 1997, S. 163-201, hier S. 164ff. Zu neueren Differenzierungen innerhalb der neorealistic Diskussion siehe Glenn H. Snyder: *Mearsheimer’s World. Offensive Realism and the Struggle for Security*, in: *International Security* 27(1) Summer 2002, S. 149-173.

Vor diesem Hintergrund werden nach realistischer Lehrmeinung die Chancen für Kooperation zwischen Staaten generell gering eingeschätzt. Im wesentlichen sieht sie zwei Hindernisse für Kooperationsbereitschaft, selbst wenn Staaten auch gemeinsame Interessen teilen: Zum einen besteht mangels einer internationalen Instanz, die die Einhaltung von Versprechen und Regeln autoritativ überwachen kann, das Problem, betrogen zu werden. Zum anderen führt der Wettbewerb dazu, dass Staaten sich permanent vergleichen und nach Vorteilen gegenüber anderen Staaten trachten. Vorteile können auf zweierlei Weise gedacht werden: als absolute Vorteile unbeschadet der Gewinne und Verluste der anderen. Dabei sind die Vor- oder Nachteile der anderen nur insoweit relevant, als deren Verhalten die eigene Vorteilsmaximierung beeinflussen kann. Oder: in Kategorien relativer Vorteile, wo Staaten sowohl ihren eigenen absoluten Vorteil als auch ihren relativen Vorteil im Verhältnis zu anderen betrachten und abwägen. Letztere Betrachtungsweise liegt, so die realistische Annahme, der Kooperation zugrunde, da ein Gewinn anderer immer mit einem eigenen Verlust verbunden ist.³

Die Möglichkeit der Kooperation in und durch Institutionen wird nicht generell geleugnet, Institutionen reflektieren aber in der realistischen Betrachtung egoistische Kalküle staatlicher Interessen und die internationale Verteilung von Macht. Institutionen werden von den mächtigen Staaten gegründet und gestaltet, um ihren Anteil an der Weltmacht zu erhalten oder zu vergrößern. In diesem Sinne sind Institutionen nur Arenen, in denen Machtbeziehungen ausgetragen werden und haben keinen unabhängigen Einfluss auf staatliches Verhalten.⁴

Daraus folgt, dass in der realistischen Literatur internationalen Institutionen und formalen Organisationen generell wenig Beachtung geschenkt wird. Eine gewisse Ausnahme bilden Arbeiten, die sich mit Allianzen befassen. Für Morgenthau zählt die Bildung von Allianzen zu den Methoden der Herstellung des Machtgleichgewichts neben dem Prinzip von Teilen und Herrschen, dem Versuch von Kompromissen durch Ausgleich oder der Rüstungskontrolle. Ob eine Nation eine Allianzpolitik betreibe, sei nach Morgenthau weniger eine Frage des Prinzips denn der Zweckmäßigkeit; eine Nation werde Allianzen meiden, wenn sie sich stark genug fühlt oder wenn die Kosten und Verpflichtungen einer Allianz den zu

³ Vgl. Kenneth N. Waltz: *Theory of international Politics*, University of California, Addison-Wesley Publishing Company, Berkeley 1979, hier S. 106; Joseph M. Grieco: *Cooperation among Nations. Europe, America and Non-Tariff Barriers to Trade*, Cornell University Press, Ithaca/Lodon 1990, hier S. 4; John J. Mearsheimer: *The False Promise of International Institutions...*a.a.O., hier S. 12f; Joseph M. Grieco: *Realist International Theory and the Study of World Politics...*a.a.O., hier S. 174f; Joseph M. Grieco: *Anarchy and the Limits of Cooperation: A Realist Critique of the Newest Liberal Institutionalism*, in: David A. Baldwin (ed.): *Neorealism and Neoliberalism. The Contemporary Debate*, Columbia University Press: New York 1993, S. 116-140.

⁴ Vgl. John J. Mearsheimer: *The False Promise of International Institutions...*a.a.O., hier S. 7 und S. 13; Joseph M. Grieco: *Realist International Theory and the Study of World Politics...*a.a.O., hier S. 184. Siehe auch Randall L. Schweller: *The Problem of Intenational Order Revisited*, in: *International Security* 26(1) Summer 2001, S. 161-186, hier S. 169ff.

erwartenden Nutzen übersteigen.⁵ Morgenthau Interesse hinsichtlich internationaler Allianzen gilt den Motiven, die zu ihrer Gründung führen. Nicht jede Interessengemeinsamkeit münde auch in einer kodifizierten Allianz, andererseits aber seien identische, komplementäre und ideologische Interessen eine Voraussetzung der Gründung von Allianzen⁶. Morgenthau Ausführungen über Allianzen lag also die Frage zugrunde, welche Bedingungen und Beweggründe zur Bildung von Allianzen führen und welche Konsequenzen dies für die Art der gebildeten Allianzen mit sich bringt.

Ausführlicher noch befasste sich Walt mit Allianzen. Im Unterschied zu Morgenthau oder Waltz, die die Bildung von Allianzen dem Streben nach Machtgleichgewicht zuschreiben, ist Walt der Ansicht, dass in Staaten Allianzen gründen, um in erster Linie ein Gegengewicht gegen Bedrohungen zu schaffen. Bedrohungen begreift er als Funktion von Macht, geografischer Nähe, offensiven Fähigkeiten und wahrgenommenen Absichten.⁷ In einem anarchischen internationalen System schließen sich Staaten demnach in Allianzen zusammen, um sich selber zu schützen. Walt zufolge muss die Wahrnehmung einer Bedrohung gegeben sein, um Staaten zur Allianzbildung zu bewegen; eine feindliche Machtkonzentration, ideologische Nähe zu potenziellen Allianzpartnern, fremde Hilfe oder politische Penetration sind keine hinreichenden Gründe für den Zusammenschluss in Allianzen. Walt beschreibt zwei Verhaltensoptionen für Staaten, die sich einer externen Bedrohung gegenüber sehen: entweder sie schaffen ein Gleichgewicht durch die Gründung einer Allianz (*balancing*) oder sie fahren Trittbrett (*bandwagoning*) mit dem Staat, der als Quelle der Bedrohung wahrgenommen wird.⁸ Zu den Bedingungen, unter denen Staaten zur Gleichgewichtspolitik oder zum Trittbrettfahren neigen, formuliert Walt fünf Hypothesen: 1. *Balancing* ist häufiger als *bandwagoning*. 2. Je stärker ein Staat, desto größer seine Tendenz zur Gleichgewichtspolitik. Schwache Staaten fahren Trittbrett, wenn sie sich von starken Staaten bedroht fühlen. 3. Je größer die Wahrscheinlichkeit der Unterstützung durch Alliierte, desto größer die Tendenz zum *balancing*. Wenn allerdings Unterstützung durch Alliierte garantiert ist, vergrößert dies die Neigung zum Trittbrettfahren, ohne selbst aktiv zu werden. 4. Je aggressiver ein Staat erscheint, desto wahrscheinlicher, dass andere Staaten versuchen, Gleichgewichte gegen ihn aufzubauen. 5. Im Krieg ist die Tendenz zum Trittbrettfahren mit einem

⁵ Vgl. Hans J. Morgenthau: *Politics Among Nations...*a.a.O., S. 181.

⁶ Ebd., S. 182f.

⁷ Vgl. Stephen M. Walt: *The Origins of Alliances*, Cornell University Press: Ithaca/London 1990 (erstmal erschienen 1987), S. vi.

⁸ Siehe auch Stephen M. Walt: *Alliance Formation and the Balance of World Power*, in: *International Security* 9(4)Spring 1985, S. 208-247; Stephen M. Walt: *Testing theories of alliance formation: the case of Southwest Asia*, in: *International Organization* 42(2)Spring 1988, S. 275-316.

Staat groß, dessen Sieg wahrscheinlich ist.⁹ Wie auch bei Morgenthau gilt das Interesse von Walt der Frage nach den Motiven für die Bildung von Allianzen, wobei Walt konkrete Bedingungen angibt. Generell aber befassen sich weder Morgenthau noch Walt, und diese beiden Autoren stellvertretend für die realistische Denkschule, mit der Frage nach den Bestandsbedingungen oder gar nach den Voraussetzungen und Gründen für den Wandel von Allianzen.

Autoren dieser Denkschule haben immer wieder auf die NATO als klassisches Modell für das realistische Denken über Institutionen und insbesondere über Allianzen Bezug genommen. Im Lichte ihrer Prämissen versuchten einige auch Prognosen über die Zukunft der NATO nach dem Ende des Kalten Krieges abzugeben. So ging Walt davon aus, dass das Ende des Kalten Krieges eine Diffusion von Bedrohungen mit sich bringe: ein gestärktes vereintes Deutschland an den Grenzen neuer, instabiler unabhängiger Staaten im Osten, ein in sich gespaltenes und geschwächtes Russland, ein selbstbewusster auftretendes Japan und China, das an Gewicht und Einfluss gewonnen habe, dessen Zukunft man aber noch nicht einschätzen könne. Dies mache es sehr viel unklarer, von welchen Staaten künftig ernsthafte Bedrohungen ausgingen. Daraus folgert Walt, dass internationale Bündnisse ambivalenter und weniger dauerhaft sein werden. Wahrnehmungen von Absichten anderer Staaten würden zunehmend wichtiger werden, weil Fähigkeiten gleichmäßiger verteilt sein und die Geografie in ihrer Bedeutung zurückgehen werden. Für die NATO selber prognostiziert er aufgrund ihrer institutionellen Struktur einen langsamen, aber stetigen Bedeutungsschwund. Ohne klare Bedrohung seien weder europäische Politiker noch US-amerikanische Steuerzahler bereit, die US-Militärpräsenz in Europa langfristig zu akzeptieren.¹⁰

Ganz ähnlich argumentiert Mearsheimer, der konstatiert, die sowjetische Bedrohung sei der Kitt gewesen, der die NATO zusammengehalten habe. Ohne diese würden die USA sich aus Europa zurückziehen und damit die Allianz der Auflösung preisgeben.¹¹ Hinsichtlich des Arguments, die Allianz sei vor allem als ein Instrument zum Schutz von und vor Deutschland zu bewahren, ist Mearsheimer skeptisch, weil er davon ausgeht, dass ein vereintes und gestärktes Deutschland die NATO in dieser Funktion nicht akzeptieren werde.¹² Er betrachtet die Allianz als eine Manifestation der bipolaren Machtverteilung in Europa während des Kalten Krieges; es sei das Machtgleichgewicht und nicht die NATO an sich gewesen, das das Schlüsselement für die Wahrung der Stabilität auf dem

⁹ Ebd., S. 33.

¹⁰ Stephen M. Walt: *The Origins of Alliances*...a.a.O., S. vii.

¹¹ John J. Mearsheimer: *Back to the Future. Instability in Europe After the Cold War*, in: *International Security* 15(1) Summer 1990, S. 5-56, hier S. 52.

¹² Ebd., S. 5f.

Kontinent darstellte. Die NATO sei im Kern ein Instrument zur US-Machtprojektion angesichts der sowjetischen Bedrohung gewesen.¹³ Daraus zog er den Schluss, die NATO müsse sich nach 1991 entweder auflösen oder auf Grundlage der neuen Machtverteilung in Europa rekonstituieren.¹⁴

Auch Waltz ist skeptisch bezüglich der Überlebenschancen der Allianz nach dem Ende des Kalten Krieges. Versuche, nach dem Wegfall des sowjetisch dominierten Blocks die gegenwärtige Unipolarität zu bewahren, seien aufgrund des Charakters des internationalen Systems vergeblich und kontraproduktiv. Potenzielle Großmächte wie die Bundesrepublik würden längerfristig die Einschränkungen einer US-dominierten Institution wie der NATO nicht akzeptieren, was Waltz zu der Einschätzung führt, die Allianz habe für eine Übergangsperiode noch Sinn, langfristig jedoch nicht. Die Tage der NATO seien nicht gezählt, aber ihre Jahre.¹⁵

Die Argumentationsmuster der Autoren realistischer Ausrichtung sind weitgehend stereotyp: Die NATO wurde als Antwort auf die sowjetische Bedrohung und als Instrument der Wahrung von Einfluss der Vereinigten Staaten in Europa gegründet; diese beiden Faktoren halten sie im Innern zusammen. Mit dem Wegfall des sowjetischen Gegners und den Machtverschiebungen in Europa zugunsten Deutschlands fallen die beiden Hauptkohäsionsfaktoren der NATO weg, womit sie längerfristig ihrer *raison d'être* verlustig geht. Diese pessimistische Prognose ist, ungeachtet der realen Entwicklungen, die die Allianz ab 1993 durchlaufen hat, vor dem Hintergrund zu sehen, dass der realistische Ansatz, vor allem in seiner strukturell-realistischen Ausprägung, die NATO als Reflex von Macht- und Bedrohungskonstellationen im internationalen System betrachtet; Veränderungen der NATO werden demzufolge nur im Lichte der Macht- und Interessenverschiebungen von Staaten betrachtet. Allein Morgenthau hat schon früh auch auf den Aspekt der ökonomischen und politischen Stabilisierungsaufgaben des Bündnisses aufmerksam gemacht.¹⁶ Da aber für diese Aspekte in der Logik des Realismus wenig Platz ist, sie zudem während der Jahre des Kalten Krieges nicht zum tragen kamen und die Waltz'sche Ausrichtung der Denkschule sich mehr und mehr durchsetzte, bleiben diese Überlegungen als möglicher Ansatzpunkt für die Erklärung des Wandels der NATO nach dem Ende des Kalten Krieges in der realistisch inspirierten Literatur bislang unberücksichtigt.

¹³ John J. Mearsheimer: *The False Promise of International Institutions...* a.a.O., S. 14.

¹⁴ Ebd.

¹⁵ Kenneth N. Waltz: *The Emerging Structure of International Politics*, in: *International Security*, 18(2) Fall 1993, S. 44-79, hier S. 75f.

¹⁶ Hans J. Morgenthau: *Politics Among Nations...* a.a.O., S. 507.

Die liberal-institutionalistische Perspektive: Institutionen machen einen Unterschied

Der liberale Institutionalismus¹⁷ teilt mit dem Realismus den prinzipiellen Blick auf das internationale System als anarchischem System in dem Sinne, dass internationale Vereinbarungen nicht hierarchisch erzwungen werden können. Er geht ebenfalls davon aus, dass Staaten die prinzipiellen Akteure im internationalen System darstellen, aufgrund des Charakters des internationalen Systems auf Selbsthilfe angewiesen sind und dass sie rational und von egoistischen Interessen geleitet handeln.¹⁸ Insofern muss die häufig konstruierte Dichotomie zwischen Realisten und liberalen Institutionalisten relativiert werden. Im Unterschied zum Realismus aber kommt der liberal-institutionalistische Ansatz auf Basis dieser Prämissen zu anderen Folgerungen. So wird geltend gemacht, dass der anarchische Charakter des internationalen Systems auf Kosten der Beachtung von Interdependenz überbewertet werde und Kooperation zwischen Staaten unter bestimmten Bedingungen eher möglich sei, als Realisten dies einräumen. Während Realisten davon ausgehen, dass Staaten primär in Kategorien relativer Vorteile denken, kalkulieren Staaten im liberal-institutionalistischen Verständnis vor allem in Kategorien absoluter Vorteile, was zur Folge hat, dass Kooperation leichter möglich sei, als Realisten dies annehmen.¹⁹

Die liberal-institutionalistische Grundannahme über internationale Kooperation lautet: Kooperation liegt im Eigeninteresse von Staaten in einer interdependenten Welt. Kooperation führt zu größeren Gewinnen für jeden als Versuche, sich gegenseitig zu übervorteilen. Institutionen sind die Voraussetzung für dauerhafte Kooperation. Die am meisten diskutierte Kontroverse zwischen realistischen und liberal-institutionalistischen Autoren betrifft die Frage, welche Rolle internationale Institutionen und Organisationen bei der Abschwächung der kooperationshemmenden Effekte der Anarchie des internationalen Systems spielen können. Das Haupthindernis für Kooperation wird in der Gefahr der Täuschung gesehen. Dabei kommt Institutionen die Aufgabe zu, Staaten gegenseitig davon zu überzeugen, dass es ein gemeinsames langfristiges

¹⁷ Hier wird in bewusster Verkürzung der theoretischen Entstehungszusammenhänge und Verästelungen nur vom ‚liberalen Institutionalismus‘ gesprochen, wobei auf die liberalen Wurzeln wie auch den direkten intellektuellen Vorgänger, die Regimetheorie, nicht näher eingegangen wird. In dieser Arbeit wird ausschließlich der liberale Institutionalismus rezipiert, weil er sich ausdrücklich auch mit der NATO befasst hat.

¹⁸ Vgl. Robert O. Keohane/Lisa L. Martin: *The Promise of Institutional Theory...* a.a.O., hier S. 39.

¹⁹ Vgl. David A. Baldwin: *Neoliberalism, Neorealism, and World Politics*, in: David A. Baldwin (ed.): *Neorealism and Neoliberalism...* a.a.O., S. 3-25.

Interesse an der Kooperation gibt und dass deren Nutzen größer als die kurzfristigen Täuschungsvorteile ist. Institutionen können diese Aufgabe erfüllen, indem sie die Gewinnkalkulationen von Staaten verändern und auf diese Weise Kooperation erleichtern. Trotz des Fehlens einer bindenden Autorität im internationalen System ist im liberal-institutionalistischen Denken dauerhafte Kooperation möglich, wenn 1. gemeinsame Interessen bestehen, die Vorteile durch Kooperation möglich erscheinen lassen, wenn 2. langfristige Beziehungen unter einer relativ kleinen Anzahl von Akteuren bestehen und wenn 3. die vereinbarten Verhaltensregeln für alle gelten und von allen eingehalten werden. Internationale Institutionen können Kooperation auf verschiedenen Wegen erleichtern: 1. Institutionen sind Arenen für die Ausübung von Macht und für die Verfolgung nationaler Interessen. 2. Institutionen vergrößern die Anzahl von Interaktionen zwischen Staaten auf der Zeitachse. Damit erhöhen sie die Chancen für Verhandlungen. Durch Wiederholung und Verdichtung wird der Anreiz für Täuschungen vermindert, da Vertrauen aufgebaut wird und Täuschungsversuche die Glaubwürdigkeit eines Staates herabsetzen. 3. Institutionen erhöhen die Informationsdichte und die Transparenz. Dadurch können Staaten ihren wohlwollenden Absichten mehr Glaubwürdigkeit verleihen. Auf diese Weise wird Vertrauen aufgebaut, Unsicherheit abgebaut, die Wahrscheinlichkeit, dass Täuschungen erkannt werden, ist größer und Opfer werden frühzeitig gewarnt. Somit beeinflussen Institutionen auch die Erwartungen und Perzeptionen hinsichtlich des Verhaltens der Kooperationspartner. 4. Institutionen verknüpfen die Interaktionen zwischen Staaten in verschiedenen Themenbereichen (issue-linkage); dies führt zu größerer Interdependenz zwischen Staaten, die somit weniger bereit sein werden, in einem Bereich Täuschungsversuche zu unternehmen, weil sie Revanche in einem anderen Bereich fürchten müssen, d.h. also auch hier werden die Kosten für Täuschungsversuche erhöht. 5. Institutionen senken die Kosten und den Aufwand für bi- und multilaterale Vereinbarungen und erhöhen somit die Effektivität internationaler Kooperation.²⁰

²⁰ Robert O. Keohane: *After Hegemony. Cooperation and Discord in the World Political Economy*, Princeton University Press: Princeton/New Jersey 1984, S. 7ff und S. 243ff; Robert O. Keohane/Lisa L. Martin: *The Promise of Institutional Theory...*a.a.O.; Robert O. Keohane/Joseph S. Nye: Introduction: *The End of the Cold War in Europe*, in: *International Institutions and State Strategies in Europe. 1989 – 1991*, Harvard University Press: Cambridge/London 1993, S. 1-19, hier S. 2f; Robert O. Keohane/Stanley Hoffmann: Conclusion: *Structure, Strategy, and Institutional Roles*, in: Robert O. Keohane/Joseph S. Nye/Stanley Hoffmann (eds.): *After the Cold War...*a.a.O., S. 381-404, hier S. 397ff; Robert Axelrod/Robert O. Keohane: *Achieving Cooperation under Anarchy: Strategies and Institutions*, in: David A. Baldwin: *Neorealism and Neorealism...*a.a.O., S. 85-115; Ulrich von Alemann/Leo Kißler/Georg Simonis (Hrsg.): *Internationale Organisationen – Politik und Geschichte. Europäische und weltweite zwischenstaatliche Zusammenschlüsse*, Leske und Budrich: Opladen 1994, S. 77ff; Celeste A. Wallander/Helga Haftendorn/Robert O. Keohane: Introduction, in: Helga Haftendorn/Robert O. Keohane/Celeste A. Wallander (eds.): *Imperfect Unions. Security Institutions over Time and Space*, Oxford University Press, New York 1999, S. 1-18, hier S. 3f.

Institutionen können also Einfluss auf die Definition staatlicher Präferenzen und Interessen haben. Der liberale Institutionalismus ist nicht naiv optimistisch bezüglich des Ausmaßes dieses Einflusses, da Institutionen nicht die Möglichkeit besitzen, machtvollen Staaten ihre Regeln aufzuzwingen. Aber er billigt ihnen zu, dass sie das kompetitive und kooperationsfeindliche Verhalten, das der Realismus annimmt, abmildern und relativieren können. Internationale Kooperation wird demnach beeinflusst vom Zuschnitt bestehender internationaler Institutionen.

Anders als der Realismus konstatiert der liberale Institutionalismus also, dass internationale Institutionen neben und im Zusammenhang mit den Macht- und Interessenkonstellationen wichtige und beachtenswerte Determinanten staatlicher Außenpolitik sind. Auf eine kurze Formel gebracht, betonen InstitutionalistInnen die eigenständige Bedeutung internationaler Institutionen, d.h. aus ihrer Sicht macht es einen Unterschied, ob sie existieren oder nicht.²¹ Dabei können sie auf einen gewichtigen empirischen Befund verweisen: Wenn, wie aus realistischer Perspektive behauptet wird, Institutionen keinerlei Einfluss auf staatliches Verhalten haben, muss erklärt werden, warum Staaten teilweise beträchtliche Ressourcen in internationale Organisationen wie NATO, EU, GATT etc. transferieren und warum diesen Organisationen in staatlichen Strategien eine exponierte Stellung zukommt.²² Dabei wird generell davon ausgegangen, dass Kooperation und Institutionenbildung im ökonomischen Bereich einfacher sind als im Sachbereich Sicherheit.²³

Trotz der vom realistischen Verständnis abweichenden Einschätzung über die Rolle von internationalen Institutionen gilt das zentrale liberal-institutionalistische Erkenntnisinteresse der Frage, ob und unter welchen Bedingungen internationale Kooperation möglich ist und warum Staaten in diesem Zusammenhang internationale Institutionen gründen. Damit bewegt es sich ganz in der Nähe des realistischen Frageansatzes. Zwar wird hier differenzierter als beim Realismus der Blick auf das Wechselverhältnis zwischen dem Einfluss von Institutionen auf staatliche Strategien und umgekehrt dem Einfluss von staatlichem Verhalten auf die Institutionen gerichtet. aber der Fokus bleibt die Erklärung zwischenstaatlichen

²¹ Vgl. Robert O. Keohane/Lisa L. Martin: *The Promise of Institutional Theory...*a.a.O., S. 42; Robert O. Keohane/Joseph S. Nye: *Introduction: The End of the Cold War...*a.a.O., S. 5f; Lisa L. Martin/Beth A. Simmons: *Theory and Empirical Studies of International Institutions*, in: *International Organization* 52(4) Autumn 1998, S. 729-757; hier S. 743; Celeste A. Wallander/Helga Haftendorn/Robert O. Keohane: *Introduction...*a.a.O., S. 12. Bruce/Oneal/Davis zufolge können Institutionen sogar gemäß der Kant'schen drei Bedingungen für dauerhaften Frieden (Demokratie, ökonomische Interdependenz, internationale Institutionen) Kriege verhindern (Bruce Russett/John R. Oneal/David R. Davis: *The Third leg of the Kantian Tripod für Peace: International Organizations and Militarized Disputes, 1950-85*, in: *International Organization* 52(3)Summer 1998, S. 441-467.

²² Robert O. Keohane/Lisa L. Martin: *The Promise...*a.a.O., S. 40.

²³ Charles Lipson: *International Cooperation in Economic and Security Affairs*, in: David A. Baldwin (ed.): *Neorealism and Neoliberalism...*a.a.O., S. 60-84.

Verhaltens unter stärkerer Berücksichtigung des Erklärungsfaktors internationale Institutionen.²⁴ Die Erforschung von Organisationen als eigenständigen Akteuren in ihren Bestandsbedingungen und in ihrem Wandel war bisher kaum Gegenstand liberal-institutionalistischer Arbeiten. Erst zwei in jüngerer Zeit erschienene Sammelbände von Haftendorn/Keck sowie Haftendorn/Keohane/Wallander widmen sich auch dieser Frage, wobei von diesen Autoren ausdrücklich Anleihen auch bei realistischen, liberalen und konstruktivistischen Ansätzen gemacht werden.²⁵ Anders als beim Realismus, genießen Allianzen in der liberal-institutionalistischen Literatur keine große Aufmerksamkeit; sie interessieren primär unter dem Aspekt, welchen Einfluss bzw. welche Kontrolle sie auf das Verhalten ihrer Mitglieder ausüben können.²⁶

Dementsprechend haben sich liberal-institutionalistisch argumentierende Autoren mit der Entwicklung der NATO nach dem Ende des Kalten Krieges auch vor allem unter dem Aspekt befasst, dass sie Sicherheitskooperation befördern kann. Keohane/Nye stellen heraus, dass liberale Institutionen angesichts der Institutionendichte nach dem Ende des Kalten Krieges in Europa ein Anwachsen der Kooperation erwarten. Gemeinsame oder komplementäre Interessen könnten Kooperation unterstützen und internationale Institutionen hingen in ihrem Erfolg von solchen Mustern komplementärer Interessen ab.²⁷ Das internationale System Osteuropas dagegen sei zum Ende des Kalten Krieges weit weniger institutionalisiert gewesen. Der Hauptunterschied zwischen vergangenen institutionellen Gegebenheiten und der Situation in Europa von 1989/90 liege darin, dass zuvor internationale Institutionen immer neu geschaffen werden mussten, während nach 1989 die Schlüsselinstitutionen in Europa auf eine kontinuierliche Geschichte seit den vierziger und fünfziger Jahren zurückblicken konnten und von den meisten mächtigen Staaten in dieser Zeit unterstützt worden waren. Die EG, die NATO, das GATT und der IWF profitierten nicht nur von der Tatsache, dass die Kosten der Gründung einer Organisation schon aufgebracht worden waren, sondern auch von der Angst vor der Ungewissheit, die im Falle ihres Kollapses

²⁴ Vgl. Robert O. Keohane/Joseph S. Nye: Introduction...a.a.O., S. 3.

²⁵ Siehe Celeste A. Wallander/Helga Haftendorn/Robert O. Keohane: Introduction, in: Helga Haftendorn/Robert O. Keohane/Celeste A. Wallander (eds.): *Imperfect Unions...*a.a.O., S. 13. Vgl. auch Helga Haftendorn/Otto Keck (Hrsg.): *Kooperation jenseits von Hegemonie und Bedrohung. Sicherheitsinstitutionen in den internationalen Beziehungen*, Nomos Verlagsgesellschaft: Baden Baden 1997.

²⁶ Thomas Risse-Kappen: *Cooperation Among Democracies. The European Influence on U.S. Foreign Policy*, Princeton University Press: Princeton/New Jersey 1995; Christopher Gelpi: *Alliances as instruments of intra-allied control*, in: Helga Haftendorn/Robert O. Keohane/Celeste A. Wallander (eds.): *Imperfect Unions. Security Institutions...*a.a.O., S. 107-149; Christian Tuschhoff: *Alliance cohesion and peaceful change in NATO*, in: Helga Haftendorn/Robert O. Keohane/Celeste A. Wallander (eds.): *Imperfect Unions...*a.a.O., S. 140-161.

²⁷ Vgl. Robert O. Keohane/Joseph S. Nye: Introduction: *The End of the Cold War...*a.a.O., S. 5f.

eintreten würde. Generell, so Keohane/Nye, erscheine es einfacher, bestehende Institutionen zu erhalten und anzupassen, als neue zu kreieren.²⁸ Die ersten beiden Argumente von Keohane/Nye mit Blick auf den Wandel der NATO lauten demnach: Ein bereits institutionalisiertes Umfeld erleichtert Kooperation durch Institutionen und die Anpassung bestehender Institutionen ist einfacher als die Schaffung von neuen. Die NATO bewahre ihre Bedeutung primär aufgrund ihrer Funktion als Transmissionsriemen US-amerikanischer Interessen.²⁹

Keohane/Hoffman präzisieren in ihren Schlussfolgerungen weiter: Nach dem Kollaps der Sowjetunion, der gewachsenen Unsicherheit sowie der Angst vor Chaos sei die NATO vor allem eine Versicherung gegen drohendes Desaster gewesen. Gerade diese Qualität habe die Staaten des ehemaligen Warschauer Vertrags angesprochen, die ironischerweise von Objekten militärischer NATO-Planungen zu enthusiastischen Befürwortern der Allianz wurden.³⁰ Hier wird der erfolgreiche Wandel der Allianz schließlich mit ihrer gewandelten Kernaufgabe weg von der kollektiven Verteidigung hin zur Versicherung gegen Ungewissheiten erklärt.

In seinem Argumentationsgang greift Theiler diese Argumente noch einmal auf und fasst sie folgendermaßen neu zusammen: Der NATO als Sicherheitsinstitution stellen sich zwei zentrale Aufgaben. Sie muss im Interesse ihrer Mitglieder problemspezifische Antworten auf die sicherheitspolitischen Herausforderungen aus dem internationalen Umfeld entwickeln und sie muss sich den ihr stellenden allgemeinen internen Kollaborations- und Koordinationsproblemen erfolgreich stellen. Zu den spezifischen Funktionen der NATO gehören die kollektive Verteidigung, die transatlantische Konsultation und gewisse kollektive Sicherheitsfunktionen unter den Mitgliedern. Durch die Veränderungen des internationalen Umfeldes nach 1989 seien die drei „alten“ Aufgaben der Allianz nicht aufgehoben worden. Ihr Charakter sei jedoch verändert, die einzelnen Gewichtungen verschoben und durch neu hinzukommende Aufgaben relativiert worden. Die Aufgabe der kollektiven Verteidigung sei zu einer Art Rückversicherung gegen eventuelle Bedrohungen aus der Peripherie des Bündnisses geworden. Die transatlantische Kooperation habe eine eigene politische Relevanz erhalten und die Aufgabe der kollektiven Sicherheit an Bedeutung gewonnen. Zwei neue Aufgaben seien seit dem Ende des Kalten Krieges hinzugetreten: Krisenmanagement und Stabilitätstransfer nach

²⁸ Ebd., S. 19.

²⁹ Ebd., S. 11ff.

³⁰ Robert O. Keohane/Stanley Hoffmann: Conclusion: Structure, Strategy, and Institutional Roles... a.a.O., S. 384.

Osteuropa.³¹ Hinsichtlich der allgemeinen Funktionen kommt Theiler zu dem Ergebnis, die Entscheidungsfindungs- und Informationsverteilungsmechanismen, die vertraglichen Grundlagen und die normativen Verhaltensregeln der NATO haben sich kaum geändert. Die Allianz, so das Kernargument, habe sich also wandeln können, weil Bedarf an der Fortführung ihrer „alten“ spezifischen Funktionen bestand, wenn auch in modifizierter Form, während sie zugleich Bedarf durch neue Sicherheitsprobleme entstand, auf welche die NATO Antworten fand.³²

Ähnlich wie die oben genannten Autoren argumentieren auch Wallander/Haftendorn/Keohane in ihrer Erklärung der Überlebensfähigkeit der NATO. Sie konstatieren, die liberal-institutionalistische Theorie sei durch das Ende des Kalten Krieges bestätigt worden. Deren Annahme, Institutionen könnten einen allgemeinen Wert für Staaten entwickeln, insofern sie ihnen helfen, mit Unsicherheit umzugehen, sei durch das Überleben zahlreicher Institutionen und die teilweise Übernahme neuer Funktionen, etwa im Falle der NATO, erhärtet worden. Die NATO sei nicht nur eine Allianz zur Abschreckung gewesen, sondern ebenso ein Mechanismus zur Einflussnahme auf die deutsche Innenpolitik, um das Wiederaufleben nationalistischer Interessenformulierung zu verhindern. Mitgliedschaft im Bündnis habe für die größeren Mitglieder immer auch zusätzliche Einflussspielräume eröffnet. Diese politischen Funktionen würden künftig an Bedeutung gewinnen.³³ Also auch hier lautet das Kernargument zur Erklärung der erfolgreichen Anpassung NATO, sie habe einen Wandel von der kollektiven Verteidigungsorganisation hin zu einer Sicherheitsmanagementagentur durchlaufen.

Wallander/Keohane formulieren zwei Hypothesen, die das Argument des Wandels der NATO hin zu einer Sicherheitsmanagementagentur weiter präzisieren helfen: 1. hochgradig institutionalisierte Allianzen haben eine größere Überlebenschance als lose institutionalisierte Verbindungen trotz Umweltveränderungen. 2. Es gibt Allianzen, die nicht nur gegen Bedrohungen gerichtet sind, sondern auch gegen Risiken. Diese komplexeren, hybriden Allianzen können sich an eine Situation, in der die Bedrohungen wegfallen, besser anpassen, indem sie ihre andere Funktion weiter ausbauen.³⁴ Sie prägen dafür den Begriff der Übertragungsfähigkeit (*portability*); damit soll beschrieben werden, in welchem Maße Regeln und Praktiken einer Institution auf andere Situationen übertragen werden können. Ihr

³¹ Olaf Theiler: Der Wandel der NATO nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes, in: Helga Haftendorn/Otto Keck (Hrsg.): Kooperation jenseits von Hegemonie und Bedrohung...a.a.O., S. 101-136, hier S. 104ff.

³² Ebd., S. 134ff.

³³ Celeste A. Wallander/Helga Haftendorn/Robert O. Keohane: Introduction...a.a.O., S. 5ff.

³⁴ Ebd., S. 22f.

Argument lautet, dass die Anpassungsfähigkeit von Institutionen größer ist, wenn ihre Regeln und Praktiken übertragungsfähig sind. Institutionen, die mehrere Funktionen wahrnehmen, indiesem Sinne also hybride Institutionen, besitzen Regeln und Praktiken, die in größerem Maße übertragungsfähig sind als Institutionen, die sich auf einen engen Funktionsbereich konzentrieren, weil die Wahrscheinlichkeit größer ist, dass einige der Regeln und Instrumentarien in einer veränderten Situation relevant bleiben. Dieses Konzept helfe zu verstehen, warum bestehende Prozeduren, eingespielte Praktiken, Infrastruktur und Standards der NATO effektiv eingesetzt werden konnten, um mit neuen Sicherheitsherausforderungen umzugehen, etwa beim internationalen Krisenmanagement auf dem Balkan.³⁵

Die liberal-institutionalistische Literatur und besonders die beiden Sammelbände von Haftendorn/Keck und Haftendorn/Keohane/Wallander haben eine Reihe von plausiblen Erklärungsansätzen und Argumenten für den Wandel der NATO seit dem Ende des Kalten Krieges anzubieten. Diese reichen von dem Argument des geringeren Aufwands für die Anpassung einer Organisation anstelle einer Neugründung über den Verweis auf den Institutionalisierungsgrad des Politikfeldes und die Notwendigkeit, dass maßgebliche staatliche Akteure ein Interesse an dem Fortbestand der Organisation haben müssen bis hin zu der Erklärung, dass die NATO als hybride Allianz einen erfolgreichen Wandel von der kollektiven Verteidigungsorganisation hin zur umfassenden Sicherheitsmanagementagentur durchgemacht hat.

Die konstruktivistische Perspektive: Institutionen als intervenierender Faktor zwischen Ideen/Normen und Identitäten/Interessen

Der Konstruktivismus in den Internationalen Beziehungen, erst seit 1989 unter dieser Bezeichnung in der Diskussion vertreten³⁶, versteht sich selbst als eine theoretisch reflektierte Herangehensweise an die empirische Untersuchung internationaler Beziehungen und entstand Mitte der achtziger Jahre in kritischer Auseinandersetzung mit den Grenzen und „blinden Flecken“ von Realismus und Institutionalismus. Hierbei setzt er an einem gemeinsamen Manko des realistischen und des institutionalistischen Ansatzes an, nämlich der Annahme von Identitäten und Interessen als gegebenen Größen, und versucht, die damit zusammenhängenden Erklärungsdefizite zu beseitigen, indem die Identitäten und Interessen von Akteuren problematisiert werden. Das Hauptinteresse einer

³⁵ Ebd., S. 34f.

³⁶ Erstmals bei Nicholas G. Onuf: *Worlds of Our Making*, University of South Carolina Press: Columbia 1989.

konstruktivistischen Betrachtungsweise gilt dem menschlichen Bewusstsein bzw. den Ideen und deren Rolle im internationalen Leben. Dabei wird von drei Prämissen ausgegangen:

1. die fundamentalen Strukturen internationaler Politik sind immer auch sozial konstruiert, nicht nur materiell. 2. Das Verhalten von Akteuren in der internationalen Politik wird nicht nur von materiellen Gegebenheiten und Strukturen bestimmt, sondern auch von Identitäten. Identitäten beeinflussen die Interessen von Akteuren und somit deren Verhalten. 3. Es gibt ein Wechselverhältnis zwischen Strukturen als Ergebnissen sozialer Praxis und den Identitäten der Akteure: die soziale Umwelt konstituiert die Akteure wie auch Akteure ihre Umwelt über Ideen und Normen konstituieren. Die zentrale konstruktivistische Fragestellung lautet also, wie die primären Akteure, die Nationalstaaten, ihre Identität und Interessen angenommen und ausgebildet haben. Ideen und Normen sind das zentrale Element im konstruktivistischen Denken. Sie wirken nicht nur regulativ, sondern auch konstitutiv, indem sie die Identitäten und Interessen von Akteuren prägen; Normen seien nicht nur Reflex einer materiellen Struktur, etwa der Machtverteilung im internationalen System, sondern bilden und definieren eben auch die Basis für diese materielle Struktur.³⁷

Institutionen leiten sich im konstruktivistischen Denken unmittelbar aus Ideen und Normen ab und werden als Teil der sozialen Umwelt von Akteuren aufgefasst. Wie auch beim institutionalistischen Verständnis wird angenommen, dass Institutionen nicht nur Transaktionskosten reduzieren und Kooperationshemmnisse zwischen Staaten überwinden helfen, sondern intentionale Gebilde sind, die in einigen Fällen Einzelstaaten und deren Interessen überlagern können. Internationale Organisationen können demnach auch dazu beitragen, dass Staaten ihre Interessen umdefinieren. Das konstruktivistische Institutionenverständnis ist aber noch weiter gefasst und setzt auf einer grundlegenden Ebene an: Statt das internationale System in Kategorien der Verteilung knapper Ressourcen und „unsichtbarer“ Strukturen zu betrachten, die hinter dem Rücken der Akteure walten, betrachtet der Konstruktivismus das internationale System als Artefakt aus von Menschen geschaffenen Institutionen wie Staaten, aber nicht nur Staaten.

³⁷ Vgl. Aus: Thomas Risse-Kappen: Ideas do not float freely: transnational coalitions, domestic structures, and the end of the cold war, in: International Organization 48(2) Spring 1994, S. 185-214; hier S. 186; Alexander Wendt: Constructing International Politics, in: International Security, 20(1)1995, S. 71-81, hier S. 71f.; Jeffrey T. Checkel: The Constructivist Turn in International Relations Theory, in: World Politics, 50(2)January 1998, S. 324-348, hier S. 325; John Gerard Ruggie: What Makes the World Hang Together? Neo-utilitarianism and the Social Constructivist Challenge, in: Peter J. Katzenstein/Robert O. Keohane/Stephen D. Krasner (eds.): Exploration and Contestation in the Study of World Politics, MIT Press: Cambridge, Mass./London 1999, S. 215-245, hier S. 216 und S. 222f.

Institutionen sind durch Normen regulierte, zur Routine gewordene Praktiken.³⁸ Sie stellen für Staaten und ihre Interessen also nicht nur einschränkende Bedingungen oder Instrumente dar, sondern begründen diese zugleich auch und sind somit immer auch Ausdruck und Träger von Ideen und Normen. Nach konstruktivistischem Verständnis ordnen Institutionen also das internationale Leben, indem sie es sowohl strukturieren als auch organisieren. Sie tun dies auf folgende Weise: indem sie staatliche Interessen oder Politiken direkt beeinflussen, indem sie Identitäten von Staaten prägen, indem sie indirekt über die Identitäten die Interessen und Politiken von Staaten beeinflussen, indem sie normative Strukturen zwischen Staaten, etwa Regime oder Sicherheitsgemeinschaften, beeinflussen und schließlich werden Institutionen durch Staaten reproduziert und rekonstruiert.³⁹ Das Verhältnis zwischen Ideen/Normen und Institutionen wird bei Yee weiter präzisiert: Ideen beeinflussen Politik durch Institutionen, indem diese die Durchlässigkeit des politischen Prozesses für Ideen regulieren. Institutionen beeinflussen auf diese Weise, welche Ideen Zugang zum politischen Prozess haben. Institutionen regulieren diesen Zugang auch über das Personal als Träger von Ideen. Somit berühren sie auch den Zugang von politischen Akteuren zu Ideen. Beide Prozesse ereignen sich innerhalb von Institutionen und werden durch diese geformt. Institutionen beeinflussen auch die administrative und politische Lebensfähigkeit, die Anziehungskraft, von Ideen. Schließlich beeinflussen Institutionen den langfristigen Einfluss von Ideen auf die Politik.⁴⁰

Die konstruktivistische Literatur über Institutionen befasst sich vor dem Hintergrund ihres Verständnisses von Institutionen als Verbindungsglied zwischen Ideen und Normen einerseits und Identitäten, Interessen und staatlichem Verhalten andererseits mit konstitutiven Institutionen, wie etwa dem Prinzip der Souveränität oder Normen prozeduraler Gerechtigkeit⁴¹, oder auch mit regulativen Institutionen

³⁸ Rey Koslowski/Friedrich V. Kratochwil: Understanding change in international politics: the Soviet empire's demise and the international system, in: *International Organization* 48(2)Spring 1994, S. 215-47, S. 222.

³⁹ Vgl. Alexander Wendt /Raymond Duvall: Institutions and International Order, in: Ernst-Otto Czempiel/James Rosenau (eds.): *Global Changes and Theoretical Challenges. Approaches to World Politics for the 1990s*, Lexington, Mass.: Lexington Books 1989, S. 51-73, hier S. 54; James A. Caporaso: International relations theory and multilateralism: the search for foundations, in: *International Organization* 46(3)Summer 1992, S. 599-632, hier S. 625; Peter J. Katzenstein: Introduction: Alternative Perspectives on National Security, in: Peter J. Katzenstein (ed.): *The Culture of National Security: Norms and Identity in World Politics*, Columbia University Press, New York 1996, S. 1-32, hier S. 22; Roland L. Jepperson/Alexander Wendt/Peter J. Katzenstein: Norms, Identity, and Culture in National Security, in: Peter J. Katzenstein (ed.): *The Culture of . . . a.a.O.*, S. 33-75, hier S. 52f; Jeffrey T. Checkel: The Constructivist Turn . . . a.a.O., S. 331; Peter M. Haas/Ernst B. Haas: Pragmatic Constructivism and the Study of International Institutions, in: *Millennium* 31(3) 2002, S. 573-601.

⁴⁰ Albert S. Yee: The causal effects of ideas on policies, in: *International Organization* 50(1) Winter 1996, S. 69-108, hier S. 92f.

⁴¹ Siehe Christian Reus-Smit: The Constitutional Structure of International Society and the Nature of Fundamental Institutions, in: *International Organization* 51(4) Autumn 1997, S. 555-589.

wie Regimen⁴². Sie konstatiert eine Hierarchie von Institutionen in der internationalen Sphäre. Institutionen operierten auf drei Ebenen in der modernen internationalen Gesellschaft: Verfassungsstrukturen seien Institutionen, die die grundlegenden Werte umfassten, welche legitime Staatlichkeit und rechtmäßiges staatliches Handeln definieren; Basisinstitutionen beinhalteten die Regeln der Praxis zur Lösung von Kooperationsproblemen zwischen Staaten; bereichsspezifische Regime errichteten grundlegende institutionalisierte Praktiken in bestimmten Bereichen zwischenstaatlicher Beziehungen.⁴³ Dementsprechend ist konstruktivistische Literatur über einzelne internationale Organisationen, besonders über Militärallianzen, rar.⁴⁴

Lebow, obwohl nicht eindeutig als Konstruktivist einzuordnen, argumentiert in diesem Sinne und greift in seinem Blick auf die Allianz nach dem Ende des Kalten Krieges auf ein von Deutsch im Jahre 1957 entwickeltes Konzept der Sicherheitsgemeinschaft (*security community*)⁴⁵ zurück, die durch folgende Merkmale charakterisiert sei: die Gewissheit, dass die Mitglieder dieser Gemeinschaft sich gegenseitig nicht physisch bekämpfen, eine gemeinsame militärische Planung, die Überzeugung unter den Mitgliedern, dass eine solche Gemeinschaft existiert, Kompatibilität der zentralen Werte bezogen auf Prozeduren der politischen Entscheidungsfindung, Fähigkeit der politischen Einheiten, auf die gegenseitigen Botschaften und Verhaltensweisen schnell und ohne Rückgriff auf Gewalt reagieren zu können. Der Charakter der NATO als politische Rückversicherung durch militärische Integration in Bezug auf Deutschland oder deren Beitrag zur Demokratisierung Griechenlands, Portugals und Spaniens wird von ihm als Beispiel einer solchen Sicherheitsgemeinschaft angeführt.⁴⁶ Das Argument lautet also, die NATO habe gute Chancen auf ein Weiterbestehen nach dem Ende des Kalten Krieges, weil sie neben ihrer militärischen Abschreckungsfunktion auch eine Stabilisierungs- und Pazifizierungsfunktion durch militärische Kooperation und durch die Gewährleistung einer politischen Kontrolle

⁴² Siehe Dana P. Eyre/Mark C. Suchman: Status, Norms, and the Proliferation of Conventional Weapons: An Institutional Approach, in: Peter J. Katzenstein (ed.): *The Culture of...*a.a.O., S. 79-113; Richard Price/Nina Tannenwald: Norms and Deterrence: The Nuclear and Chemical Weapons Taboos, in: Peter J. Katzenstein (ed.): *The Culture of...*a.a.O., S. 114-152; Martha Finnemore: Constructing Norms of Humanitarian Intervention, in: Peter J. Katzenstein (ed.): *The Culture of...*a.a.O., S. 153-185.

⁴³ Christian Reus-Smit: The Constitutional Structure of International Society and the Nature of Fundamental Institutions, in: *International Organization* 51(4) Autumn 1997, S. 555-589, S. 558.

⁴⁴ Thomas Risse-Kappen: Collective Identity in a Democratic Community: The Case of NATO, in: Peter J. Katzenstein (ed.): *The Culture of...*a.a.O., S. 357-399; Michael N. Barnett: Identity and Alliances in the Middle East, in: Peter J. Katzenstein (ed.): *The Culture of...*a.a.O., S. 432-449.

⁴⁵ Karl W. Deutsch: *Political community and the North Atlantic Area. International organization in the light of historical experience*, Greenwood Press: New York 1969 (Erstauflage 1957), S. 65ff.

⁴⁶ Richard Ned Lebow: The long peace, the end of the cold war, and the failure of realism, in: *International Organization* 48(2) Spring 1994, S. 249-77, hier S. 271.

durch Einbindung aufweist, die nach dem Ende des Ost-West-Konflikts weiterhin von Bedeutung bleiben könnte. Damit bewegt er sich in seiner Argumentation in der Nähe der liberal-institutionalistischen Arbeiten.

Ch. Kupchan/C. Kupchan, ebenfalls Autoren, die nicht direkt dem Konstruktivismus zuzuordnen sind, argumentieren auf einer ähnlichen Schiene, wenn sie zu bedenken geben, dass die NATO als Institution ein Eigenleben entwickelt habe, auch wenn sie nicht der Grund, sondern eine Antwort auf die bipolare Mächtekonfrontation gewesen sei. Ihre integrierte Militärstruktur ermuntere nationale militärische Planer, ihre Ziele und Strategien multinational auszurichten.⁴⁷ Das Eigenleben, das die Autoren der Allianz zugestehen und welches als Grund für ihr Überleben trotz der Umbrüche der bipolaren Welt angesehen wird, erklären die Autoren mit dem Umstand, dass die nationalstaatlichen Akteure ihre Interessen in Europa unverändert vor allem in der und über die NATO verfolgen und durchsetzen können.

Mit der Nordatlantischen Allianz befasste sich als ausdrücklicher Konstruktivist bislang nur Risse-Kappen unter dem Blickwinkel, die NATO als institutionalisierte Sicherheitsgemeinschaft beziehungsweise als Muster von Kooperation unter Alliierten zu betrachten. Sein Erkenntnisinteresse gilt den Motiven der NATO-Gründungsmitglieder, vor allem der USA, an der Gründung der Allianz. Der Argumentationsgang lautet wie folgt: Bedrohungswahrnehmungen resultieren nicht aus der objektiven internationalen Machtstruktur, sondern werden vor dem Hintergrund von Werten und Normen geprägt, die den innenpolitischen Prozess bestimmen. Kooperation unter Nicht-Demokratien geschieht daher auf Basis eng definierter Eigeninteressen, ist folglich fragil und wird am besten durch realistische Erklärungsmuster erfasst. Kooperation unter Demokratien dagegen ist dauerhafter. Die innenpolitischen Entscheidungsfindungsmechanismen von Demokratien werden auch auf das internationale Handeln übertragen: Demokratien externalisierten ihre internen Normen wenn sie untereinander kooperieren. Machtasymmetrien würden durch Normen demokratischer Entscheidungsfindung unter Gleichen mittels Überzeugung, Kompromiss und Nichtanwendung von Druck oder Gewalt abgeschwächt.⁴⁸ Deshalb könne davon ausgegangen werden, dass Demokratien demokratische internationale Institutionen oder pluralistische Sicherheitsgemeinschaften bilden, deren Regeln und Prozeduren nach den Prinzipien konsensualer, kompromissorientierter Entscheidungsfindung funktionieren. So erklärt Risse-Kappen die innere Kohäsion der NATO und den überproportionalen Einfluss der Europäer in der NATO während des Kalten Krieges

⁴⁷ Charles A. Kupchan/Clifford A. Kupchan: The Promise of Collective Security, in: International Security, 20(19)1995, S. 52-61, hier S. 59.

⁴⁸ Thomas Risse-Kappen: Collective Identity in a Democratic Community: The Case of NATO..a.a.O., S. 369.

durch die regulativen Normen des Multilateralismus und der gemeinsamen Entscheidungsfindung in der Allianz.⁴⁹ Risse-Kappen fragt in seinen Arbeiten zwar nicht schwerpunktmäßig nach den Gründen für das Überleben der Allianz nach dem Ende des Kalten Krieges, leitet aus seinem Argumentationsgebäude aber auch einen Erklärungsansatz für die heutige Vitalität der NATO ab: Das Ende des Kalten Krieges habe die westliche Wertegemeinschaft nach Osteuropa hin ausgedehnt, indem eine „pazifische Föderation“ liberaler Demokratien von Vladivostok nach Berlin, San Francisco und Tokio geschaffen worden sei. Die liberale Theorie⁵⁰ erwarte aber nicht notwendigerweise das Überleben der NATO bis ins nächste Jahrhundert. Sie nimmt jedoch an, dass die Sicherheitspartnerschaft zwischen den liberalen Demokratien in der einen oder anderen institutionalisierten Form Bestand haben werde.⁵¹

Der Wandel der NATO im Lichte der theoretischen Diskussion in der politikwissenschaftlichen Disziplin der Internationalen Beziehungen: Erklärungsansätze und offene Fragen

Angesichts der Zahl der theoretischen Diskussionsbeiträge in den Internationalen Beziehungen fällt auf, dass es vergleichsweise wenige Arbeiten über die Anpassung der NATO an die Herausforderungen der postbipolaren Welt mit ausdrücklich theoretischem Bezug gibt; die wenigsten davon befassen sich ausführlicher mit dem tatsächlichen Wandlungsprozess der Allianz. Dennoch gibt es eine Reihe theoretisch abgeleiteter Aussagen zur Frage der Zukunft der NATO nach dem Ende des Kalten Krieges, die in den vorhergehenden Abschnitten beschrieben wurden. Hier sollen sie noch einmal zusammenfassend im Hinblick auf ihren Beitrag zur Frage, warum die NATO den Kalten Krieg überlebte, diskutiert werden.

Das realistische Kernargument lautete: Die NATO als Militärallianz verdankt ihre Existenz und ihren inneren Zusammenhalt der sowjetischen Bedrohung und dem Interesse der Vereinigten Staaten an der Wahrung von Einfluss in Europa. Da die Sowjetunion nicht mehr besteht, eine breit angelegte Aggression aus dem Osten heute höchst unwahrscheinlich geworden ist und die Bedeutung Europas in der Außen- und Sicherheitspolitik der Vereinigten Staaten zurückgegangen ist, ist die

⁴⁹ Siehe auch: Thomas Risse-Kappen: *Cooperation Among Democracies: The European Influence on U.S. Foreign Policy*, Princeton University Press: Princeton, New Jersey 1995.

⁵⁰ Risse-Kappen bezeichnet hier den eigenen Ansatz als konstruktivistische Interpretation des republikanischen Liberalismus. Thomas Risse-Kappen: *Collective Identity in a Democratic Community: The Case of NATO...a.a.O.*, S. 358f.

⁵¹ Thomas Risse-Kappen: *Collective Identity in a Democratic Community: The Case of NATO...a.a.O.*, S. 396; siehe auch ders.: *Cooperation Among Democracies: The European Influence...a.a.O.*, S. 223f.

NATO ihrer Daseinsberechtigung verlustig gegangen und ihre innere Kohäsion erodiert.

Gegen diese Aussage spricht zunächst die faktische Entwicklung, die die NATO seit dem Ende des Kalten Krieges genommen hat. Weder ihre zahlreichen institutionellen Innovationen wie etwa der Nordatlantische Kooperationsrat/ Euroatlantische Partnerschaftsrat, das Konzept der Alliierten Streitkräftekommandos oder das Programm „Partnerschaft für den Frieden“ noch das Engagement der Allianz im internationalen Krisen- und Konfliktmanagement oder der langwierige Prozess der Aufnahme neuer Mitglieder aus dem östlichen Europa lassen den Schluss zu, dass die NATO an Vitalität oder Bedeutung verloren hat. Zwar ist offen, welchen Charakter das Bündnis künftig haben wird, aber gerade die jüngsten Beschlüsse zur Aufstellung schneller Krisenreaktionsstreitkräfte der Allianz (*NATO Response Force*), die Übernahme der Führung der ISAF in Afghanistan durch die NATO sowie die Debatte um eine mögliche Rolle der Allianz im Irak verdeutlichen, dass die NATO ein zentraler Akteur im euroatlantischen Sicherheitsgefüge bleiben wird.

Außerdem darf das Argument, dass die NATO immer schon mehr war, als eine reine Militärallianz gegen eine äußere Bedrohung, und immer auch auf einer gemeinsamen Werte- und Normengrundlage fußte sowie eine Pazifizierungsfunktion nach innen ausübte, nicht ins Reich der bloßen politischen Rhetorik von offiziellen Dokumenten verwiesen werden. Ersteres erscheint angesichts der Anziehungskraft, die die NATO als Symbol für „den Westen“ schlechthin vor allem in den postkommunistischen Staaten genießt, evident. „*To keep the Americans in, the Russians out and the Germans down*“ ist neben dem Motiv der Identitätssuche auch und gerade heute für die Aspiranten aus dem Osten einer der Hauptbeweggründe für ihr Beitrittsbestreben zur NATO.⁵²

Nicht zuletzt soll ein Autor mit seiner Kritik zu Wort kommen, der sich selbst der realistischen Denkschule zuordnet. So argumentiert Siedschlag, die neorealistic Allianztheorie berücksichtige den organisatorischen Unterbau moderner Allianzen wie der NATO nicht in ausreichendem Maße. Sie sehe Allianzen als weitgehend durch vertragliche oder implizite Beistandsverpflichtungen definiert und verschließe sich der Einsicht, dass sie eine korporative Identität entwickeln und als weltpolitische Akteure eigener Art auftreten könnten.⁵³

⁵² Vgl. Fouzieh Melanie Alamir/August Pradetto: Identitätssuche als Movens der Sicherheitspolitik. Die NATO-Osterweiterungsdebatte im Lichte der Herausbildung neuer Identitäten im postkommunistischen Ostmitteleuropa und in der Allianz, in: Osteuropa 2/98, S. 134-147.

⁵³ Alexander Siedschlag: Neorealismus, Neoliberalismus und postinternationale Politik. Beispiel internationale Sicherheit – theoretische Bestandsaufnahme und Evaluation, Westdeutscher Verlag: Opladen 1997, S. 140.

Die zentrale Fragestellung der realistischen Arbeiten zielt auf die Erklärung des außenpolitischen Verhaltens von Staaten aufgrund der strukturellen Bedingungen im internationalen System. Bezogen auf den Zusammenschluss in Allianzen sind diese Bedingungen vor allem in den internationalen Macht- und Bedrohungskonstellationen zu suchen. Aus diesem Grunde blenden diese Arbeiten Faktoren und Bedingungen, die sich jenseits dieser strukturellen Ebene bewegen, etwa organisationsendogene Entwicklungsdynamiken oder auch Kontingenzen politischer Entscheidungsprozesse, aus den Analysen aus. Dies führt aber zu dem Umstand, dass die Entwicklung der NATO in der vergangenen Dekade mit Hilfe dieses theoretischen Ansatzes nur sehr unzureichend zu erfassen, zu beschreiben und zu erklären ist, ja sogar seinen Prognosen teilweise widerspricht. Dass sich die Prognosen realistischer Autoren bislang nicht bestätigt haben und dass sich die exponierten Autoren dieser Denkschule bislang nicht intensiver um eine Auseinandersetzung mit der jüngeren Entwicklung der NATO im Lichte ihrer eigenen Theorie bemüht haben, sollte jedoch nicht zu dem Schluss verleiten, den Realismus für die Untersuchung der Entwicklung der NATO zu ignorieren. Selbst wenn mit realistischen Erklärungsmustern das Überleben und die heutige Vitalität der Allianz nicht hinreichend erklärt werden können, so sollten und müssen sie bei der Erklärung der Aspekte von Kontinuität im Wandel durchaus Berücksichtigung finden. Der Verweis auf externe Bedrohungen bleibt auch nach 1989/90 ein plausibler Grund für die Aufrechterhaltung eines Militärbündnisses, obwohl sich der Charakter der Bedrohungen verändert und das Gewicht dieses Erklärungsfaktors relativiert hat. Auch der Hinweis auf macht- und geopolitische Interessen maßgeblicher Mitgliedstaaten als Motiv für deren Engagement in der und für die NATO erscheint heute keineswegs obsolet, auch wenn sich die Konstellationen verschoben haben.

Der liberal-institutionalistischen Literatur waren zahlreiche Ansatzpunkte zu entnehmen, wie der Adaptionprozess der NATO nach dem Ende des Kalten Krieges erklärt werden kann. Die Palette ist breit, beginnend mit eher „formalistischen“ Erklärungen: hochgradig institutionalisierte Allianzen haben bei Umweltveränderungen eine größere Überlebenschance als lose institutionalisierte Verbindungen und die Anpassung von bestehenden Institutionen ist einfacher und kostengünstiger als die Schaffung von neuen. Daneben gibt es Erklärungsansätze, die in funktionalen Kategorien argumentieren: Die NATO besitzt neben ihrer militärischen Abschreckungsfunktion auch eine Stabilisierungs- und Befriedungsfunktion nach innen durch militärische Kooperation und durch die Gewährleistung einer politischen Kontrolle durch Einbindung, die nach dem Ende des Ost-West-Konflikts weiterhin von Bedeutung ist. Die Allianz hat ihr Überleben durch funktionale Differenzierung gemeistert: Neben den „alten“ problemspezifischen Funktionen kollektive Verteidigung, Konsultation und kollektive Sicherheit nach innen, die sie weiterführt, sind die Funktionen des

Stabilitätstransfers nach Osteuropa sowie des internationalen Krisenmanagements hinzugetreten. Eine weitere Nuance dieser Argumentation lautete, komplexe, hybride Allianzen, die nicht nur eine, sondern mehrere Funktionen aufweisen, können sich an eine Situation, in der die Bedrohungen wegfallen, besser anpassen, weil sie auf ihre anderen Funktionen zurückgreifen. Schließlich finden sich in den liberal-institutionalistischen Arbeiten zuweilen auch Erklärungen, die Anleihen beim Realismus gemacht haben: Die NATO hat überlebt als Transmissionsriemen US-amerikanischer Interessen in Europa beziehungsweise weil die nationalstaatlichen Akteure generell ihre europäischen Sicherheitsinteressen unverändert vor allem in der und über die NATO verfolgen und durchsetzen können. Mit diesen Erklärungsversuchen aus den liberal-institutionalistischen Arbeiten steht zunächst ein recht breiter Fundus zur Verfügung, aus dem bei der Suche nach Bedingungen und Gründen für den Wandel der NATO geschöpft werden kann. Bei genauem Hinsehen entdeckt man allerdings, dass ein großer Teil dieser Erklärungen nicht systematisch aus den liberal-institutionalistischen Grundannahmen über das internationale System, über Probleme der Kooperation und die Rolle von Institutionen abgeleitet ist, sondern sich eher aus einem allgemeinen „gesunden Menschenverstand“ speist.

Das liberal-institutionalistische Kernargument lautete: Institutionen erleichtern Kooperation durch Verdichtung der Interaktionen zwischen Staaten, durch Erhöhung der Informationsdichte, durch Institutionen und Verknüpfung der Interaktionen in verschiedenen Themenbereichen und durch Senkung der Interaktionskosten. Sie wirken damit der Täuschungsgefahr als dem Haupthindernis der Kooperation durch Erhöhung der Interdependenz, Glaubwürdigkeit und der Erwartungsverlässlichkeit zwischen Staaten entgegen. Somit setzen institutionalistische Erklärungen an den allgemeinen Kooperationsproblemen an, die durch Institutionen gelöst werden. Die sachbereichsspezifischen Problemlösungen, denen sich Institutionen auch stellen müssen, das sind also mit Blick auf die NATO jene Probleme, die aus der veränderten Macht- und Bedrohungskonstellation im euroatlantischen Raum resultieren, können aus der institutionalistischen Argumentationslogik heraus nur insoweit erklärt werden, als sich in ihnen allgemeine Kooperationsprobleme widerspiegeln. So kam denn Theiler bezüglich der NATO auch zu dem Ergebnis, dass die Allianz ihre allgemeinen Kooperationsprobleme nahezu unverändert mit demselben Instrumentarium wie in den ersten vierzig Jahren ihres Bestehens löst. Der Wandel der Allianz kann also nach streng institutionalistischem Argumentationsmuster unter Verweis auf die Art und Weise, wie sie die allgemeinen Kooperationsprobleme ihrer Mitglieder löst, nur unzureichend erklärt werden, weil diese allgemeinen Probleme sich mit dem Ende des Kalten Krieges nicht gravierend verändert haben.

Wie gezeigt, bietet die liberal-institutionalistische Literatur aber auch Erklärungsversuche an, die auf die problemspezifischen Funktionen des Bündnisses abheben und auf den ersten Blick überzeugender erscheinen, zumal sie von der Empirie gedeckt sind: die modifizierte Fortführung der herkömmlichen Aufgaben bei gleichzeitiger Erschließung neuer Aufgabenfelder. So einleuchtend diese zunächst auch sein mögen, so wenig Erklärungskraft steckt in ihnen bei näherer Betrachtung. Genau genommen handelt es sich um Beschreibungen des Anpassungsweges der NATO in den vergangenen Jahren. Dass die NATO neue Funktionen übernommen hat, während sie alte Funktionen in modifizierter Form weiterführt, ist so offensichtlich wie richtig. Warum aber die NATO diesen Weg eingeschlagen hat und keinen anderen und warum sie ihn einschlagen konnte, wird nicht erklärt. Einer kausalen Erklärung noch am nächsten kommen Keohane/Wallander mit ihrem Konzept der hybriden Allianzen und der damit verbundenen höheren Übertragungsfähigkeit von Funktionen, etablierten Mechanismen und Instrumenten an veränderte Situationen. Doch auch hier bleibt die Frage offen, wie und warum die NATO als hybride Allianz es geschafft hat, die prinzipielle ‚portability‘ ihrer Funktionen in tatsächliche Anpassungsschritte umzusetzen. Selbst ein Rückgriff auf das realistische Argument, maßgebliche Mitglieder hätten ein Interesse am Fortbestand einer starken Allianz, erklärt nicht, wie und warum dieses Interesse in der Organisation selber erfolgreich umgesetzt wurde. Die Warschauer Vertragsorganisation (WVO) oder die Westeuropäische Union (WEU) waren im Sinne von Keohane/Wallander auch hybride Organisationen mit mehr als nur der reinen kollektiven Verteidigungsfunktion. Gerade an einer Reaktivierung der WEU waren gewichtige Staaten wie Frankreich und die Bundesrepublik interessiert und es gab auch Versuche, der WEU mit den sogenannten Petersberg-Aufgaben neue Tätigkeitsfelder zu erschließen und ihr zu diesem Zweck über das CJTF-Konzept und spezielle Kooperationsvereinbarungen mit der NATO auch neue Instrumente an die Hand zu geben. Weder die WVO noch die WEU haben das Ende des Kalten Krieges überlebt. Weder der hybride Charakter der Allianz noch der Verweis auf das Interesse einflussmächtiger Staaten reichen also als Erklärung aus.

Mit dem aus der liberal-institutionalistischen Literatur gewonnenen begrifflichen und analytischen Instrumentarium kommt man bereits ein gutes Stück weiter, um den Anpassungsprozess der NATO zu erklären. Der Ansatz, allgemeine und sachbereichsspezifische Kooperationsprobleme zu identifizieren und zu fragen, ob und wie sich diese mit dem Ende des Kalten Krieges verändert haben und welche Antworten die NATO darauf gegeben hat, ist plausibel und führt, wie bei Theiler und Keohane/Wallander am besten demonstriert, zu ersten fruchtbaren Ergebnissen. Der blinde Fleck der aus der liberal-institutionalistischen Literatur zu gewinnenden Erklärungen für den Anpassungsprozess der NATO bleibt das Eigenleben der Allianz als Organisation und dessen Beitrag zu ihrer Überlebensfähigkeit sowie die Dynamiken politischer Entscheidungsprozesse. Da

die liberal-institutionalistischen Erklärungen von der Argumentationsfigur abgeleitet sind, Institutionen hätten die Aufgabe, Kooperationsprobleme zwischen Staaten zu lösen, ihr Fokus also letztlich auf der Erklärung staatlichen Verhaltens liegt, sind sie folglich nicht sensibel für Faktoren wie organisationseigene Problemlösungsfähigkeit, organisationales Selbstverständnis und Selbstbewusstsein sowie Organisationskultur; dies gilt auch für die Erfassung von politischen Kontingenzen.

Diese Lücke kann teilweise durch das konstruktivistische Korrektiv geschlossen werden. Der konstruktivistische Ansatz begreift Institutionen als intervenierende Faktoren; sie sind vor allem unter dem Aspekt interessant, auf welche Weise sich in ihnen und durch sie Ideen und Normen in Identitäten, Interessen und tatsächlichem Handeln von Staaten materialisieren. Gemäß diesem Institutionenverständnis gehört auch der Wandel internationaler Organisationen, speziell einer Allianz wie der NATO, nicht zu den bevorzugten konstruktivistischen Fragegegenständen. Vor diesem Hintergrund ist dieser Ansatz zunächst wenig hilfreich für die Erklärung des Wandels der NATO in den letzten Jahren. Gleichwohl ist der von Risse-Kaplan aus diesem gedanklichen Kontext heraus entwickelte Erklärungsansatz, die Überlebensfähigkeit der NATO nach dem Ende des Kalten Krieges begründe sich durch ihre Eigenschaft als Wertegemeinschaft, institutionalisiert in Gestalt des Multilateralismus und des einstimmigen Entscheidungsmodus in der Allianz, aufschlussreich. Offen bleibt aber auch bei diesem Ansatz der Einfluss von Faktoren, die aus dem Eigenleben der NATO als Organisation resultieren, ebenso wie der Einfluss der Mechanismen politischer Entscheidungsprozesse.

Aus den theoretisch inspirierten Arbeiten über die NATO nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes lassen sich also, wie gezeigt, gewinnbringende und weiterführende Erkenntnisse gewinnen, die für eine Erklärung des Anpassungsprozesses der Allianz hilfreich sind. Sie öffnen auch den Blick für Erklärungslücken, die sich der theoretisch „unbedarften“ Betrachtung zunächst nicht erschließen würden, wie beispielsweise Fragen nach dem Einfluss organisationaler Faktoren auf den Wandel, die aus der politikwissenschaftlichen theoretischen Literatur zum Thema weitgehend ausgespart worden sind. Auch erscheint der Faktor der Dynamiken und Eigendynamiken, Rationalitäten und Irrationalitäten, Opportunitäten und Zufälligkeiten politischer Entscheidungsprozesse sich den eher statisch angelegten politikwissenschaftlich-theoretischen Schemata bislang zu entziehen. Dem möglichen Einwand, die gewonnenen Erkenntnisse bewegten sich auf der Ebene von Einsichten, die ebensogut aus einer sorgfältigen Beobachtung des Gegenstandes hätten gewonnen werden können, muss entgegen gehalten werden, dass jeder Betrachtung, auch auf der Ebene des „Alltagsbewusstseins“, implizite

Grundannahmen über den Charakter des internationalen Systems, über Motive von Akteuren und über die treibenden Faktoren der internationalen Politik zugrunde liegen. Eben diese Grundannahmen explizit auszusprechen, zu begründen und systematisch auf konkrete Fälle anzuwenden, ist der Mehrwert von Theorie.

Angaben zur Autorin

Dr. Fouzieh Melanie Alamir, Referentin im Bundesministerium der Verteidigung. Zahlreiche Veröffentlichungen und Vorträge sowie Lehrtätigkeit im Themenfeld Sicherheitspolitik.